

**Ein Buch macht von sich reden
Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“
in der Fachdiskussion**

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (ZD) hat vom ersten Tag ihrer Veröffentlichung an ein lebhaftes, teilweise auch kontroverses Echo ausgelöst. Offenbar trifft sie den Nerv der Menschen. Die Frage nach einer lebenswerten, schöpferungsverträglichen und international gerechten Zukunft brennt uns auf den Nägeln. Daß sie mithin die „Zeichen der Zeit“ erkannt haben, ist ein großes Verdienst der Herausgeber und Autoren der Studie.

In der vorliegenden Untersuchung soll in groben Zügen die inhaltliche Auseinandersetzung aufgearbeitet werden, die sich seit der Vorstellung der Studie im Herbst 1995 entsponnen hat. Diese wird eingegrenzt auf solche Gesprächsbeiträge, die sachlich-argumentativ und wissenschaftlich begründet sind. Deren Diskussionspunkte sollen klar herausgearbeitet werden. Ziel ist eine Art Zwischenbilanz, die der Bündelung der Argumente dienen und die weitere Debatte zentrieren soll. Deshalb wird nicht auf ein möglichst vollständiges Erfassen aller Stellungnahmen pro und contra Wert gelegt, sondern um ein Zuspitzen auf die entscheidenden Dissenspunkte. Ein guter Teil der zustimmenden Erklärungen zu ZD bleibt daher außen vor, obgleich diese weit überwiegen.

Eine Voraussetzung liegt unseren Absichten zugrunde: Ziel der Studie ist eine zukunftsfähige Umgestaltung unseres Landes und damit ein konkreter Beitrag für eine zukunftsfähige Welt. Wie das geschehen kann, war die Frage, deren Diskussion Autoren und Herausgeber anstoßen wollten. Insofern hat ZD nie eine Unfehlbarkeit seiner Aussagen postuliert. Aber die Studie erhofft von allen gesellschaftlichen Kräften die Bereitschaft zum Dialog, der eigene Opfer einschließt, wo sich diese in der konkreten Realisierung der Zukunftsfähigkeit als notwendig erweisen. Insofern darf es in der Debatte nicht um ein Wahren der Besitzstände bestimmter Gruppen gehen, es kann nicht dem Lobbyismus das Wort geredet werden. Es geht auch nicht darum, daß der oder jener Recht behalten oder bekommen soll. Das ist im Auge zu behalten.

Die Kapitel dieser Untersuchung behandeln die Hauptfelder der Diskussion: Aussagen der Studie zur Landwirtschaft, zur industriellen Produktion, zur Frauenfrage, zu politischen und ökonomischen Strukturen sowie zur Rolle von Theologie und Kirchen. In jedem Abschnitt werde ich wesentliche Kritikpunkte benennen, Gegenargumente der Verfasser und der Herausgeber von ZD danebenstellen und in einem eigenen Kommentar versuchen, die Diskussion auf den Punkt zu bringen. Dabei möchte ich meine Unparteilichkeit ausdrücklich betonen: Auch wenn ich diesen Artikel im Auftrag Misereors schreibe, bleibt mein Standpunkt als Ethiker doch sachorientiert: die Argumente zählen. Das sage ich bewußt mit Blick auf teilweise hitzige und emotionale Auseinandersetzungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Als Seelsorger kann ich manche persönlichen Enttäuschungen verstehen. Jedoch: Bestehende Verletzungen zwischen einzelnen Diskussionspartnern können nicht das Kriterium sachlicher Richtigkeit verschieben. Und um diese geht es letztlich. Insofern hoffe ich, daß wir fair aufeinander hören und eingehen können.

1. Landwirtschaft

Eine der heftigsten Diskussionen über ZD entwickelte sich auf dem Hintergrund der Thesen zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Zunächst ein Blick auf die Quellen, die uns für die Diskussion zur Verfügung stehen:

Schon am 21. Dezember 1995 meldete sich die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Region Münsterland zu Wort. In einem vierseitigen Schreiben an Misereor dokumentierte sie ihre sehr grundlegende Kritik. Zwei Schwierigkeiten machen eine ordentliche Entgegnung darauf schwer: Einerseits werden aus ZD meist nur Halbsätze oder Stichworte ohne Seitenangabe zitiert³, andererseits belegen die Kritiker ihre Gegenargumente nur mit sehr allgemeinen Angaben. Da in der Sache ihre Kritik weitgehend in anderen Stellungnahmen enthalten ist, soll im folgenden vornehmlich auf diese eingegangen werden. Bundes- und Diözesanverband (Münster) der KLJB distanzieren sich von Vorgehensweise und Kernaussagen der Regionalgruppe schnell und deutlich.

Schwerpunkt der Auseinandersetzungen im Bereich Landwirtschaft ist bis heute die Kritik des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), vorange-

³ Auch der Vorabdruck hatte Seitenzahlen.

trieben von ihrem Präsidenten Gerd Sonnleitner. Am 23.2.96 schrieb Sonnleitner erstmals an Misereor. Die Antwort erfolgte am 12.3.96. Am 22.3.96 solidarisierte sich der damalige Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr von Heeremann, laut KNA-Presenotiz mit den Äußerungen Sonnleitners. Dieser schob am 2.4.96 eine detaillierte Stellungnahme nach, die auf 19 Seiten insgesamt 25 Kritikpunkte an der Studie auflistet (zitiert als BBV 96)⁴. Ausgelöst durch diese Stellungnahme fanden mehrere Gespräche zur Verständigung statt: Am 16.4.96 ein runder Tisch von BBV, Misereor, KLB und dem Missionsreferenten der Diözese Augsburg, am 19.4.96 ein Spitzengespräch zwischen BBV und Misereor. Letzteres war jedoch so emotional geprägt, daß keine konstruktiven Ergebnisse erzielt werden konnten.⁵ Sonnleitner erhielt in der Folge durchaus auch kritische Briefe von Landwirten, jedoch hat sich keine merkliche Annäherung der Positionen ergeben.

Auch Misereor erhielt eine Reihe kritischer Zuschriften von Spendern⁶, die ebenfalls auf ZD und seine Aussagen zum Thema Landwirtschaft Bezug nehmen. Bernhard Burdick vom Wuppertal Institut, Mitverfasser von ZD, antwortete auf einige der Argumente mit einer klärenden Stellungnahme (zitiert als WI 96). Damit sind die Hauptquellen der Auseinandersetzung benannt, die wir im folgenden diskutieren.

Thematisch gliedere ich die Diskussion in zwei Abschnitte: „Sehen und Urteilen“ bezieht sich auf die ZD-Analyse des Ist-Zustands unserer Landwirtschaft und der Landwirtschaftspolitik. „Handeln“ betrachtet die Lösungsansätze der Studie und die Kritik daran.

4 *Der Umfang dieser Stellungnahme zeigt die hohe Betroffenheit Sonnleitners. Persönlich werte ich diese als Chance, zu einem konstruktiven Dialog zu kommen.*

5 *Auch weitere Briefwechsel erbrachten keine Annäherung der Standpunkte. Zwei Gespräche (im Juni und Dezember 1996) mit der Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau (FIP) in Bonn, die von der agrochemischen Industrie getragen wird und in mehreren Schreiben an Misereor die Studie und Misereor als Mitherausgeber heftig angegriffen hatte, blieben ohne Ergebnis. Eine Eskalation erfuhr der Konflikt mit dem Bauernverband durch Erklärungen des damaligen Eichstätter Kreisobmannes des Bayerischen Bauernverbandes, in denen dieser im Vorfeld der Eröffnung der Misereor-Fastenaktion 1997 am 16. Februar 1997 zum Spendenboykott gegen Misereor aufrief. Zu ähnlichen Aktionen kam es auch an anderen Orten. So hieß es beispielsweise in einer Erklärung des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Münster, vom 19. Februar 1997: „Ein genereller Spendenboykott, wie er schon des öfteren gefordert wurde, würde zum heutigen Zeitpunkt die Fronten nur verhärten und eine spätere Lösung des Konfliktes im Sinne der Landwirte nicht erleichtern.“*

Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband gibt jedoch den Hinweis, daß Misereor nicht die einzige Hilfsorganisation ist, sondern auch andere Spendenorganisationen im kirchlichen Bereich im Sinne der Spender wirken würden.“

6 *Vgl. den folgenden Beitrag „Was hilft das den Armen in der Dritten Welt?“ von Reinhard Hermle.*

1.1 Sehen und Urteilen (Bestandsanalyse)

Im Wesentlichen dreht sich die Diskussion bezüglich der Beurteilung der gegenwärtigen Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft um zwei Bereiche: zum einen um die Frage der ökologischen Beeinträchtigung unserer Land- und Waldwirtschaftsflächen, zum anderen darum, ob und inwiefern die gegenwärtige Subventionspolitik der EU daran schuld ist.

1.1.1 Der Zustand von Feld und Wald, Boden und Grundwasser

1.1.1.1 Der Zustand unseres Grundwassers

ZD 65 behauptet, es gäbe „nur leicht rückläufige Mengen von Herbiziden [...], Fungiziden [...] und Insektiziden“. Weiter sagt die Studie: „Somit ist das Grundwasser nahezu flächendeckend mit Bioziden belastet“. Sie beruft sich dabei in der zugehörigen Fußnote auf eine Greenpeace-Studie von 1994, nach der über zwei Drittel der Landkreise Rückstände im Grundwasser zugaben, davon wieder zwei Drittel, d. h. insgesamt mindestens 44% über den europäischen Grenzwerten (0,1mg/l für einen Wirkstoff und 0,5mg/l für alle Wirkstoffe insgesamt). Zu ähnlichen Aussagen kommt das Umweltbundesamt⁷. Anderes sagt das Bayerische Umweltministerium in seinem Jahresbericht 1994, auf den sich der BBV beruft⁸: Nur ein Drittel der Wasserversorgungsanlagen in Bayern sei belastet und nur 9% über dem europäischen Grenzwert. Ebenso wird der Jahresbericht 1994 des Umweltbundesamtes zitiert, der fast dieselbe Zahl nenne⁹. Schließlich macht der BBV geltend, daß der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln von 1990 bis 1995 um 30% zurückgegangen sei (ohne Quellenangabe).

Es ergeben sich einige Fragen:

- Sollte man bei zwei Drittel belasteter Grundwasser von „nahezu flächendeckend“ reden? Ich persönlich würde bei diesem Begriff an 90% aufwärts denken.
- Dennoch würde selbst der positivere bayerische Bericht zugeben, daß fast ein Zehntel des Trinkwassers über die zulässigen Grenzwerte hinaus

7 UBA, *Stoffliche Belastung der Gewässer durch die Landwirtschaft und Maßnahmen zu ihrer Verringerung*, Berlin 1994, S.36.

8 BBV 96, 3f.

9 Ebd. ohne genaue Angaben zitiert.

verseucht ist. In jedem Fall ist das ein Zehntel zu viel, auch wenn man die EU-Grenzwerte für ausreichend hält und deshalb eine Belastung unterhalb der Grenze toleriert.

– Ein Problem der Bewertung scheint die Tatsache zu sein, daß die Giftstoffe erst Jahre nach ihrer Ausbringung im Grundwasser ankommen und dort über erhebliche Zeiträume verbleiben: In Bayern wurde als Hauptwirkstoff Atrazin gefunden, das seit Jahren verboten ist. Mit anderen Worten: Die gegenwärtige (nicht grundsätzlich zu bezweifelnde) Reduktion der in der Landwirtschaft eingesetzten Spritzmittel könnte in einigen Jahren oder gar Jahrzehnten Verbesserungen der Wasserqualität zur Folge haben. Ob diese ausreichen, bleibt offen¹⁰.

– Hätte ZD die zwar technischen, aber teilweise wirksamen Bemühungen der konventionellen Landwirtschaft nicht würdigen können? Man denke etwa an den seit neuestem genutzten Einsatz von computergesteuerten Weinbergspritzen, die nur die Blätter der Pflanzen besprühen, nicht aber die Zwischenräume zwischen diesen¹¹.

Weiterhin bemerkt ZD 52: „Die Verschmutzung der Böden geht vor allem auf die Stoffeinträge aus der Landwirtschaft [...], zu geringen Teilen auf die Auslaugung versauerter Waldböden [...], industriell belasteter Böden und Siedlungsflächen [...] zurück“. In seiner Erwiderung nennt der BBV¹² eine Reihe anderer Verursacher der Grundwasserverschmutzung (Verkehrsflächenabschwemmung, Abgase, Abwässer, Unfälle), jedoch ohne Angabe von Quantitäten, und bestreitet, daß die Landwirtschaft der Hauptverursacher der Grundwasserverschmutzung sei. ZD beruft sich hier auf eine OECD-Studie von 1993 und geht explizit kursorisch vor, will also gar nicht alle Faktoren der Gewässerverschmutzung vollzählig nennen. Jedoch weisen alle verfügbaren Zahlen darauf hin, daß die meisten giftigen Stoffe im Grundwasser von der Landwirtschaft stammen.

ZD 62 spricht darüber hinaus von wachsender Gewässerbelastung mit Nitraten. Der BBV meint, daß dies angesichts bester Wasserqualität nicht nachvollziehbar sei¹³. B. Burdick entgegnet, daß der Einsatz mineralischer

¹⁰ Laut Bericht der Main Post vom 12.10.96 S.13 von W. Schmitt findet das Wasserwirtschaftsamt auch im Oberflächenwasser noch immer Atrazin. Ein Zeichen, daß nicht alle Landwirte das Verbot beachten.

¹¹ Natürlich sind diese Methoden janusköpfig (kann man den Teufel mit Beelzebub austreiben?). Aber sind sie damit schon völlig wertlos?

¹² BBV 96, 2.

¹³ BBV 96, 3.

Stickstoffdünger in Deutschland 1995 erstmals seit fünf Jahren wieder gestiegen sei, und zwar um 10%¹⁴.

1.1.1.2 Der Zustand unserer Böden

ZD 60 schreibt: „In Europa ist nahezu flächendeckend eine zunehmende Bodenversauerung nachgewiesen“. Gemeint sind explizit die Waldböden. Das übersieht der BBV, wenn er beteuert, wie gut die Qualität der Ackerböden sei¹⁵. Hier handelt es sich schlicht um ein semantisches Mißverständnis.

Auch ein weiterer Kritikpunkt des BBV unterliegt einem Mißverständnis¹⁶: In Bayern liege der Viehbestand pro Fläche bei 1,1 GV/ha (Großvieheinheiten je Hektar) im Gegensatz zu Holland mit 4,1 GV/ha. Der BN fordere max. 1,5 GV/ha. Bayern liege unter dieser Grenze, habe also keine Massentierhaltung. ZD hat das gar nicht behauptet.

Daß die Erosion der Böden ein gewichtiges Problem ist, darüber sind sich ZD und BBV einig. Der BBV¹⁷ behauptet allerdings, daß ZD 72 diese dem Rückgang der Stallwirtschaft und unreflektierter Flurbereinigung zuschreibe. Davon steht an der zitierten Stelle nichts. ZD 77 nennt zwar die Flurbereinigung als eine Ursache, macht aber ebenso die Industrialisierung bestimmter landwirtschaftlicher Produktionszweige und den Anbau erosionsfördernder Arten (Mais, Zuckerrüben etc.) dafür verantwortlich. Zugegebenermaßen hätte ZD hier einen Verweis auf mittlerweile gegenläufige Trends bringen können. Man denke an die zunehmende Zahl begrünter Weinbergszeilen, an die unübersehbar geänderte Strategie der Flurbereinigung etc.

1.1.1.3 Semantische Fragen

ZD 241, 243 und andere Stellen bezeichnet unsere gewöhnlichen Wälder als „Holzäcker“ und redet von unseren Feldern als „monotonen Agrarsteppen“. Natürlich haben solche Formeln ihr *fundamentum in re*, und mancher Naturfreund mag sie treffend finden. Die Frage ist aber, ob

14 WI 96, 7. Die Rückgänge Anfang der 90er Jahre führt er auf die Flächenstillegungen und den Zusammenbruch der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zurück.

15 BBV 96, 2f.

16 BBV 96, 10.

17 BBV 96, 4f.

derartige Begriffe in eine wissenschaftliche Studie passen. Außerdem sind sie kaum geneigt, die Landwirte für das Anliegen der Nachhaltigkeit zu erwärmen. Zurecht wehrt sich der BBV gegen solche pauschalen Diskriminierungen¹⁸.

1.1.1.4 Fazit

In manchen Passagen spricht ZD eher satirisch als wissenschaftlich. Davon sollte man besser absehen, so griffig manche Formulierungen sein mögen. Im Detail sind an den dargestellten Fakten zur Landwirtschaft Korrekturen anzubringen, die Würdigung positiver Ansätze hätte gutgetan, im Ganzen liegt die Studie aber richtig. Es hilft nicht, das zu leugnen. Zu betonen bleibt, daß damit in keiner Weise die Landwirte schuldig gesprochen werden. Im Gegenteil: ZD will auf die verfahrenere Situation unserer Agrarpolitik aufmerksam machen, gerade um den Landwirten neue Perspektiven zu bieten. Zukunftsfähige Perspektiven.

1.1.2 Die Rolle der EU-Subventionen

ZD 248 bezeichnet die Nahrungsmittelindustrie neben Agrochemie, Speditionen und Großhandel als eigentliche Gewinner der Subventionspolitik. Der BBV¹⁹ meint, es seien nicht diese, sondern die Verbraucher, die am meisten von den Subventionen profitierten. Bei beiden Hypothesen bleiben Fragen offen:

- Empirisch gesichert ist, daß der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Lebensmittelumsatz in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesunken ist. Gesichert ist auch, daß die Ausgaben des Verbrauchers für Lebensmittel im Verhältnis zum Durchschnittsverdienst heute erheblich niedriger liegen. Aber: Wo ist der Zusammenhang zwischen diesen Fakten und den EU-Subventionen?
- Sind nicht die Ursachen der genannten Fakten andere: der freie EU-Agrarmarkt, die extrem niedrigen Transportkosten (auch diese liegen im Verhältnis heute niedriger als vor einigen Jahrzehnten), der höhere Verarbeitungsgrad der Lebensmittel (bedingt durch Single-Haushalte, Doppelverdiener etc.; die Zeit, die wir zum Kochen verwenden, sinkt ständig ...) usw.?

¹⁸ BBV 96 12f.

¹⁹ BBV 96, 15.

Eine weitere negative Auswirkung der Agrarsubventionen nennt ZD 241: Sie bevorzugten die großen Höfe, beschleunigten das Sterben der Kleinen und bewirkten den Rückzug der Landwirtschaft in die sog. Gunsträume. Der BBV²⁰ hält dagegen, das sei zu pauschal. Im Gegenteil stützten viele Regelungen die Kleinen in benachteiligten Gebieten. Dagegen zitiert Burdick den EG-Agrarkommissar McSharry, der belegt, daß 80% des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft an nur 20% der Betriebe gehen, und zwar an die größten²¹. Nur 3% des EU-Agrarbudgets komme bei kleinen und mittleren Bauern an²².

Laut ZD 315 werden Agrarsubventionen weit überwiegend für Lagerung, Vernichtung oder Exportsubvention der Erzeugnisse verbraucht. Auch das hält der BBV für nicht korrekt. Keine der beiden Parteien gibt konkrete, stichhaltige Beweise für ihre Position.

Will man die Betrachtungen zur EU-Agrarpolitik zusammenfassen, so fällt auf, daß in ZD eine gründliche Zusammenstellung der Fakten fehlt. Die Studie begnügt sich mit Stichworten und Anspielungen. Hier hätte eine breitere Darstellung gut getan.

1.2 Handeln (Synthese)

Im Wesentlichen werden zwei Bereiche kontrovers diskutiert: Die ZD-Option für die vollständige Umstellung auf ökologischen Landbau sowie die Frage der ökologischen Steuerreform. Gegenüber diesen beiden Problemen bleiben alle anderen Kritikpunkte marginal. Deshalb werden wir uns vorrangig diesen beiden Feldern zuwenden.

1.2.1 Ökologischer Landbau?

Bereits bei der Definition der Umweltziele, also in einer sehr frühen Phase des Argumentationsgangs, fordert ZD 64f. und 79 den vollständigen Umstieg auf ökologischen Landbau. Diese Forderung wird allerdings erst im fünften Kapitel so untermauert, daß man sie in etwa nachvollziehen kann (ZD 313ff.). Daß auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Schutz der Erdatmosphäre – eine unparteiische

20 BBV 96, 14.

21 WI 96, 7. Die Aussagen McSharrys aus EG-Agrarkommission, Drucksache 1991, 100.

22 WI 96, 13. Bezug auf M. Fischer, *Gemeinsame Agrarpolitik. Ruinöser Kreislauf*, in: *EU-Magazin* 11/95, 20f.

Institution – zum selben Schluß kommt²³, wird in der Studie gar nicht erwähnt, sondern erst nachträglich von Burdick ins Spiel gebracht²⁴. Der BBV wehrt sich heftig gegen diese Forderung, und das mit einer Reihe von Argumenten.

1.2.1.1 Ökologischer Landbau und der Hunger der Welt

Die Forderung des ausschließlich ökologischen Landbaus sei realitätsfremd, weil schon jetzt keine 100%ige Selbstversorgung Deutschlands gegeben sei²⁵. Bei geschätzten Ertragseinbußen von 20% gegenüber dem konventionellen Anbau vergrößere sich die Versorgungslücke. Ähnlich sieht es J.P. Ratschow: Laut WHO würden ab dem Jahr 2000 die Lebensmittel knapp. Die Öko-Landwirtschaft verschärfe damit das Ernährungsproblem²⁶. Eine Reihe von Zuschriften an Misereor geht in die gleiche Richtung. So schreibt etwa ein leitender Mitarbeiter der BASF, Abteilung Pflanzenschutz, am 12.1.96 an Misereor: Ohne Stickstoffdüngung werde es keine ausreichende Welternährung geben. Damit wird natürlich mehr oder weniger ausdrücklich die Frage verbunden: Wie kann Misereor, eine Aktion gegen den Hunger in der Welt, eine Studie mittragen, die den ökologischen Landbau zu ihrem Credo macht?

Auf diese Argumente geht B. Burdick vom Wuppertal Institut ein²⁷: Bei Reaktivierung der derzeitigen Stilllegungsflächen würden die Ertragsverluste von ca. 20% in etwa ausgeglichen. Außerdem dienten bereits heute zwei Drittel der deutschen Landwirtschaftsflächen der tierischen Ernährung. Bei veränderten Eßgewohnheiten, also weniger Fleischkonsum, wie von ZD gefordert, wären erhebliche Kapazitäten frei.

23 *Enquete-Kommission Schutz der Erdatmosphäre, Schutz der grünen Erde, Bonn 1994, 303f.*

24 *WI 96, 3f.*

25 *BBV 96, 5f.*

26 *J.P. Ratschow, Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe zit. Landwirtschaftl. Wochenblatt Westfalen-Lippe 12/96, 20.*

27 *WI 96, 2ff.*

Misereor betont in einem Antwortschreiben einen weiteren Aspekt²⁸: Ursache des Hungers von weltweit 800 Mio. Menschen sei nicht die mangelhafte globale Versorgungslage, sondern die Ungerechtigkeit der Verteilung. Laut Prognosen der FAO würde die Weltbevölkerung bis 2010 jährlich um 1,6% zunehmen, die weltweit verfügbare Menge an Lebensmitteln aber um 1,8%. Für jeden Menschen stünden schon heute täglich 2700 Kalorien zur Verfügung, würden sie nur gerecht verteilt. Das Hungerproblem sei demnach kein landwirtschaftliches Problem.

Die letztgenannten Argumente leuchten ein. Ein Wunsch bleibt aber offen: für die Option, weltweit auf ökologischen Anbau umzusteigen, sollte man die Welternährungslage eigens berechnen. Die bisherige Bilanz geht nur von einer Umstellung in Deutschland aus, die man analog auf die Industrienationen ausdehnen könnte. Die sog. Entwicklungsländer haben einerseits weder Stilllegungsflächen, die sie reaktivieren könnten, noch einen hohen Fleischkonsum, der reduzierbar wäre. Andererseits könnte der gegenwärtige Futtermittelexport in die Industrieländer (Soja etc.) entfallen und dann für die Menschen vor Ort genutzt werden²⁹. In einigen Ländern könnten die Rinderfarmen aufgelöst werden (Argentinien), die unsere Steaks liefern (Stichwort: ökologische Rucksäcke). So und durch eine Bodenreform wären gerade in Lateinamerika große Anbauflächen für Lebensmittel zu gewinnen. Für diese sollte man Zahlen in die Diskussion einbringen.

1.2.1.2 Regionale Vermarktung und internationale Konkurrenzfähigkeit

ZD 323 plädiert für eine regionale Vermarktung der geernteten Lebensmittel. Der BBV³⁰ meint dazu, dies sei in einer Marktwirtschaft nicht konkurrenzfähig. Im Gegenteil würde sich derzeit in Bayern das Fehlen leistungsfähiger, großwirtschaftlicher Vermarktungsstrukturen nachteilig auswirken. Die Erläuterung in ZD 98 über das theoretische Konzept ökologischer Rucksäcke mißverstehet der BBV im Sinne eines

²⁸ Brief an H. Eilingsfeld, 22.5.96.

²⁹ Nicht zuletzt wegen des Futtermittelimports ist Deutschland der weltweit zweitgrößte Nettoimporteur von Agrarerzeugnissen. Laut FAO wurden 1994 Agrarprodukte im Wert von 39,1 Mrd. Dollar eingeführt – bei gleichzeitigen Ausfuhren im Wert von 23 Mrd. Dollar.

³⁰ BBV 96, 11f.

Plädoyers für ausschließlich regionale Kreisläufe³¹. Darum geht es hier nicht, auch wird nirgends sonst in ZD eine Ausschließlichkeit der regionalen Vermarktung postuliert.

Dennoch: Wird eine regionale Vermarktungsstruktur jemals wirtschaftlich sein? Wie läßt sie sich durchsetzen? Hierzu schweigt ZD, obgleich es den Schlüssel in der Hand hält: Die Idee der ökologischen Steuerreform. Ohne eine drastische Verteuerung der Transportkosten mittels Energiesteuern wird die Regionalisierung nicht zu haben sein. Mit ihr ergibt sie sich (bis zu einem gewissen Grad) von selbst³².

1.2.1.3 Minereraldüngung und Güllewirtschaft

Die Rechnung von ZD 64, derzufolge der Stickstoffüberschuß im Boden größer sei als die durch Minereraldüngung eingebrachte Stickstoffmenge, mag stimmen. Sie gilt aber nur im Durchschnitt eines Jahres und im Durchschnitt aller deutschen Ackerflächen. D. h.: Es wird Äcker geben, für die das Verhältnis umgekehrt ist. Und es wäre zu fragen, ob der mineralische Stickstoff vom Boden und der Pflanze nicht schneller aufgenommen wird als der organische Stallmist. Eine Pflanze braucht übers Jahr nicht immer gleich viel Stickstoff. Vielmehr reichert sie sich in ganz bestimmten Wachstumsphasen mit diesem an. Ist unter diesen Gegebenheiten ein völliger Verzicht auf Mineraldünger möglich (eine deutliche Reduzierung ohne Zweifel)? Dafür bleibt ZD den Nachweis schuldig.

Weiterhin wird in ZD 318 und an anderen Stellen die Güllewirtschaft recht deutlich abgelehnt. Das kritisieren die Vertreter der KLJB Region Münsterland. Sie sehen die bestehenden Bemühungen, die sich in den geltenden Gülleverordnungen manifestieren, nicht gewürdigt. Auch der BBV betont, es gäbe sachgemäße Verfahren zur Ausbringung der Gülle³³. Man mag etwa an die neuen Spritzsysteme denken, die die Gülle unmittelbar über dem Boden aus Schläuchen ausgeben und so optimal verteilen. Burdick betont dagegen, die neue bundesweite Düngeverordnung habe die vorher gültigen Gülleverordnungen der Länder aufgeweicht³⁴.

31 BBV 96, 6.

32 Bedauerlich, daß ZD 321ff. unter „Wechselwirkungen“ die (ökonomisch-politischen) Rahmenbedingungen zwar im Schaubild berücksichtigt, dann aber nicht mehr eigens reflektiert.

33 BBV 96, 14.

34 WI 96, 7. Leider werden keine konkreten Beispiele genannt.

Gewiß hätte es ZD gut angestanden, die positiven Ansätze zu würdigen. Andererseits geht es der Studie um mehr: Die Bindung von Tierhaltung an Flächen ist ein Zweirichtungsansatz: Er betrifft die Ernährung des Tieres von der Fläche ebenso wie die Düngung der Fläche mit tierischem Mist. Insofern wird eine isolierte Sichtweise nicht viel weiter bringen.

1.2.1.4 Fleischkonsum und Gesundheit

ZD 315 und 323 fordert eine Reduktion des Fleischkonsums in Deutschland auf etwa ein Viertel des gegenwärtigen Standes. Das wird einerseits mit den ökologischen (und tierschützerischen) Problemen der Massentierhaltung begründet, andererseits mit dem Argument gesünderer Ernährung motiviert³⁵. Letzteres zweifelt der BBV an³⁶: Nicht Fleisch, sondern Alkohol, Nikotin und Bewegungsmangel seien verantwortlich für ein ungesundes Leben³⁷. Der Fettgehalt im Fleisch sei mittlerweile auf einen Bruchteil früherer Werte zurückgegangen (von 10% auf 1,9% bei Schnitzel, von 15% auf 2% bei Filet).

Man beachte: ZD 315 beruft sich gar nicht auf Zahlen, spricht allerdings von der Überversorgung mit Fett, Eiweiß und Energie. Burdick konkretisiert das³⁸: Laut Ernährungsbericht 1992 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung würde die Überversorgung der Deutschen im Schnitt bei Eiweiß 100%, bei Fett 83% und bei Energie 63% betragen. Außerdem sei ein Mißverhältnis von tierischem zu pflanzlichem Eiweiß und Fett gegeben, was etwa Gicht, Fettsucht und Darmkrebs fördere. Offenbar hat der Mehrkonsum an Fleisch seit Beginn des Jahrhunderts (erst seit wenigen Jahren ist der Trend rückläufig) die verbesserte Qualität immer noch (über-)kompensiert.

1.2.1.5 Ökoprodukte und Gesundheit – ein Nachspann

Das Wiener Institut für biologische Landwirtschaft prüfte in diesem Jahr in einer Testreihe, ob Ratten Lebensmittel des biologischen Landbaus von konventionellen unterscheiden könnten. Sofern beide aus derselben

³⁵ ZD beruft sich dabei auf die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, ohne nähere Angaben zu machen.

³⁶ BBV 96, 10.

³⁷ Ähnlich äußert sich C. von Heeremann, DBV-Präsident, in einer Meldung von KNA, 22. März 1996.

³⁸ WI 96, 13.

Anbauregion stammten, waren die Ratten mit einer Trefferquote von 95% erfolgreich: Sie aßen nur die Ökoprodukte. Ratten gelten gemeinhin als besonders intelligente Tiere. Ob sie den Menschen, das sog. *animal rationale* (Vernunfttier), in diesem Fall übertreffen?

1.2.2 Steuerliche Rahmenbedingungen

1.2.2.1 Grundfragen

Was ist Produktivität? Anhand der Kritik der KLJB Region Münsterland (ohne Seitenangabe) geht B. Burdick dieser Frage nach³⁹: Welche Inputs und Outputs werden miteinander ins Verhältnis gesetzt? Er plädiert für den Maßstab der Energieeffizienz, denn: Während der Input an Energie im ökologischen Landbau bei 6,6 GJ/ha liege, sei er in der herkömmlichen Landwirtschaft dreimal so hoch. Der Output sei aber im ökologischen Landbau nur ein Fünftel geringer als mit konventionellen Methoden, so daß ersterer wesentlich effizienter sei⁴⁰. Dennoch wird Burdick damit die Landwirte kaum zufriedenstellen: Diese müssen um ihres Überlebens willen die Produktivität am Verhältnis monetärer In- und Outputs messen. Wieder wird die ökologische Steuerreform als Schlüssel des Problems übersehen: Nur wenn der ökonomische Gewinn dem energetischen entspricht, werden die Landwirte die Möglichkeit haben, ökologisch zu handeln.

Damit sind wir am Kern der Diskussion: Kann eine ökologische Steuerreform zur notwendigen Verhaltensänderung führen, ohne neue soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen? Ist sie realistisch? Immerhin erkennt der BBV an⁴¹, daß Preise mit ökologischer und ökonomischer Wahrheit das Optimum wären, findet das Ziel aber unrealistisch. Es verdient jedoch festgehalten zu werden, daß damit eine grundsätzliche Einigkeit über das Ideal gegeben ist.

Für ZD 313f. verbindet sich die Ökosteuerreform mit der Abkehr von der bisherigen Subventionspolitik im Agrarbereich. Diese sei nicht sinnvoll, weil sie die ökologischen Schäden nicht direkt aufbürde, sondern aus

³⁹ WI 96, 5.

⁴⁰ Burdick beruft sich auf *Enquete-Kommission Schutz der Erdatmosphäre, Schutz der grünen Erde, Bonn 1994, 177.*

⁴¹ BBV 96, 19.

der Gemeinschaftskasse zahle. Der BBV hält dagegen: Das bestehende System der Subventionen sei prinzipiell richtig und sollte nicht angetastet werden⁴². Außerdem sei ein nationaler Alleingang unmöglich – wenn überhaupt, könne nur EU-weit eine Regelung herbeigeführt werden. Letzteres ist sicher teilweise korrekt, gerade für den landwirtschaftlichen Bereich. Desweiteren sieht der BBV die Gefahr der völligen Abkoppelung der Subventionen von Produktionsmengen⁴³, wie in ZD 314 gefordert: Die Bauern produzierten dann nicht mehr, weil die Preise auf Weltmarktniveau sinken würden.

1.2.2.2 Kurzfristig: Subventionen umbauen?

Der Streit um die Subventionen geht dann um des Kaisers Bart, wenn tatsächlich Wege gefunden werden, um ökologisch wahre Preise zu garantieren. Deswegen sollten wir uns eher der Frage möglicher Alternativen zuwenden. ZD 178 fordert zunächst den Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen, darunter auch die Mineralölsteuerbefreiung der landwirtschaftlichen Fahrzeuge⁴⁴. Der BBV hält dies für eine Wettbewerbsverzerrung, sofern keine EU-weite Regelung erfolgt. Außerdem handle es sich nicht um eine ökologisch kontraproduktive Subvention⁴⁵, sondern um eine Kostenerstattung für Fahrten, die nicht auf öffentlichen Straßen stattfinden.

Im Rahmen der gegenwärtigen Definition der Mineralölsteuer als Kostenerhebung für die Nutzung öffentlicher Straßen hat der BBV durchaus recht⁴⁶. Die Forderung von ZD läßt sich erst dann erheben, wenn die Ökologisierung der Steuern beschlossene Sache ist. Dann freilich wird sie sinnvoll. ZD 315 schlägt vor, in einer ersten Stufe ökologische Formen der landwirtschaftlichen Produktion zu fördern und somit einen Ausgleich für wegfallende Subventionen zu schaffen. So gesehen geht es nicht um einen Ab-, sondern um einen Umbau der Subventionen.

42 BBV 96, 16.

43 BBV 96, 17.

44 Es fiel auf, daß die ZD 179 vom ifo übernommene Tabelle der Subventionen eklatant andere Zahlen liefert als die Tabelle in: Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität Köln, *Umweltorientierte Reform des Steuersystems*, Bonn 1994, 28. Dem fachlich ungebildeten Leser sind diese Differenzen unerklärlich.

45 BBV 96, 7f.

46 Wenn man davon absieht, daß heute viele Landwirtschaftswege straßenähnlich ausgebaut sind.

1.2.2.3 Langfristig: Ökosteuern

An gleicher Stelle gibt ZD zu, daß der Subventionsumbau nur eine Übergangslösung sein kann, aus zwei Gründen: Einerseits wären Ökosubventionen für die Landwirtschaft schwer kontrollierbar, andererseits würde ihre Abhängigkeit vom Staat eher zu- als abnehmen. Deshalb könne das langfristige Ziel nur ein Subventionsabbau sein sowie der Aufbau wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die ökologisch wahre Preise ermöglichen. Mithin geht es um die ökologische Steuerreform. Was die Landwirtschaft betrifft, nennt ZD 241 folgende Vorschläge: Hohe Steuern auf Flächenversiegelung, geringere auf Intensivlandwirtschaft, dafür Förderung des Öko-Land- und Waldbaus. Der BBV hält dagegen⁴⁷: Intensiv sei nicht automatisch umweltschädlich. Prinzipiell stimmt das. Daher wären Steuern am Anfang, nicht am Ende der Kette gerechter, im Falle der Landwirtschaft z. B. auf Dünge- und Spritzmittel (wie auf alle anderen fossilen Ressourcen). ZD 189 nennt die Stickstoffsteuer, ohne den Ansatz weiterzudenken. Hier läge die wirkliche Lösung.

1.2.3 Epilog:

Ist die Gentechnik in der Landwirtschaft zukunftsfähig?

ZD 245 lehnt die Gentechnik in der Landwirtschaft generell ab. Dabei werden die in der einschlägigen Diskussion gängigen wirtschaftsethischen (Nutzen haben große Betriebe, chemische Industrie, reiche Industrieländer) und biologischen Bedenken (Frage dauerhafter Resistenz) kurz referiert. Freilich wird der Ethiker einwerfen, daß diese Einwände bei aller Berechtigung nicht genügen, um eine totale Ablehnung der Gentechnik im Landwirtschaftsbereich zu begründen. Der BBV weist darauf hin⁴⁸, daß es Resistenzzüchtungen immer schon gab. Gentechnik habe auch ökologische Vorteile⁴⁹. Mit einem Verbot der Gentechnik würde Deutschland aus dem Weltmarkt aussteigen, die Gentechnik sei unaufhaltbar. Letzteres könnten natürlich keine ethisch stichhaltigen Argumente pro Gentechnik sein. Umgekehrt hat ZD kein gesetzliches Verbot der Gentechnik gefordert.

Hier bleiben Fragen offen. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß ZD in seiner Perspektive die Gentechnologie zurecht zum Randthema macht. Es wird sich ein Großteil von selbst erledigen, wenn die ökologi-

47 BBV 96, 7.

48 BBV 96, 9. *Der hier eingebrachte Bezug zum Rapsmethylester ist deplaziert und hat mit dem Problem nichts zu tun.*

49 *So sagt man. Die Beweise der Gentechniker dafür nehmen sich bisher eher dürftig aus.*

sche Wende gelingt. Insofern sollte man nicht zu viel Energie an dieser Stelle verlieren⁵⁰.

1.3 Bilanz

ZD zeigt relativ gründlich und ausführlich, daß die Landwirtschaft in ihrer heutigen Form über weite Strecken Luft, Boden und Wasser in einer nicht zukunftsfähigen Weise nutzt. Daß hierfür nicht in erster Linie die Bauern, sondern die Agrarpolitiker der EU verantwortlich zeichnen, kommt ebenfalls deutlich zur Sprache. Insofern sollte der BBV nicht jede kritische Äußerung direkt auf sich selbst beziehen. Freilich hätte ZD um der Korrektheit willen positive Ansätze der traditionellen Landwirtschaft zu verstärktem ökologischen Wirtschaften benennen und würdigen sollen.

Gemeinsam mit der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre fordert ZD den ökologischen Landbau als Königsweg. Eine breitere Begründung für die Ausschließlichkeit dieses Weges könnte die Diskussion voranbringen. Vor allem aber müßte deutlicher als bisher die ökonomische Seite dargelegt werden: Kann es sich für den Landwirt lohnen, auf Ökolandbau umzustellen? Und welche (steuer-)politischen und strukturellen Veränderungen wären nötig, um das zu erreichen? Hierzu liest man in ZD wenig, und das in Anspielungen. Genau hier wäre aber eine Fortsetzung der Überlegungen von zentraler Bedeutung, um die Landwirte zu gewinnen.

2. Industrie und Wirtschaft

Weit weniger als aus dem Lager der Landwirte war in der Fachdiskussion um ZD aus dem Bereich der Wirtschaft und Großindustrie zu hören. Es scheint, als würde dort die Studie eher intern diskutiert und mit einem Urteil behutsamer umgegangen. So bahnt etwa der Verband der chemischen Industrie VCI eine eigene Untersuchung an. Eine Reihe von Studientagungen in Verbindung mit der IG Chemie, Keramik, Papier und dem Institut für Organisationskommunikation IFOK hat bereits stattgefunden.

⁵⁰ Ein interessanter Artikel dazu: B. Skorupinski, *Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen als Strategie der biologischen Schädlingsbekämpfung. Aspekte ihrer ethischen Bewertung*, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaft* 37 (1996) 144-162. Die Autorin zeigt, daß im Vergleich von traditioneller Landwirtschaft, gentechnischem Anbau und ökologischem Landbau letzterer dann das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt, wenn die Kosten für menschliche Gesundheit und ökologische Verträglichkeit in die Rechnung internalisiert werden.

den⁵¹. Im DGB scheinen Überlegungen im Gange, dem Wuppertal Institut eine Folgestudie mit spezifischen Arbeitnehmerspekten in Auftrag zu geben. ZD wird also zur Kenntnis genommen, jedoch kann man noch wenige Ergebnisse benennen. Insofern kann die Diskussion kritischer Thesen hier recht kurz ausfallen. Dabei stehen unter der o. a. Überschrift nicht alle Beiträge aus der Wirtschaft, sondern alle Bemerkungen zu direkt Industrie und Wirtschaft betreffende Themen, soweit sie unser marktwirtschaftliches System grundsätzlich bejahen.

Ronald Köpke z. B. bemängelt, daß die in ZD 222 geforderte Zeitsouveränität zu idealisiert dargestellt wird. Diese sei nicht ohne harte Kämpfe seitens der Gewerkschaften und steuernde Eingriffe der Politik zu haben⁵². Ebenso befürchtet er eine Auslagerung von ökologisch schädlichen Produktionszweigen ins Ausland⁵³. Schließlich wirft er ZD vor, einen ökonomischen Mechanismus nicht hinreichend berücksichtigt zu haben: Technischer Umweltschutz sei zwar mit geringen finanziellen Mitteln zu verbessern, wenn man von einem niedrigen Anfangsniveau ausgeht. Jedoch werde eine höhere ökologische Effizienz exponentiell teurer, wenn man bereits einen hohen Standard hat. So ist die Weiterentwicklung von Automotoren von 5 Liter auf 3 Liter Verbrauch um ein Vielfaches teurer als von 7 Liter auf 5 Liter Verbrauch⁵⁴. Analog gilt das für alle Sparten des technischen Umweltschutzes. Mit den letzten beiden Punkten greift Köpke zwei Fragen auf, die in jedem Fall eine eingehendere Untersuchung verdienen.

Eine weithin beachtete Erwiderung auf ZD stammt von Gerhard Voss vom Institut der Deutschen Wirtschaft⁵⁵. Seine vernichtende Kritik enthält drei Punkte: Erstens lehnt er den „Regionalismus“ in ZD ab, den er so versteht, daß die Regionen „autarkistische Ziele“ verfolgen müßten, würden sie sich an ZD halten. Demgegenüber plädiert Voss für intensiven weltweiten Warenaustausch „mit riesigen Material- und Ressourcenströmen,

51 Ziel des Projektes ist nicht die Reflexion von ZD allein, sondern die Diskussion über nachhaltiges Wirtschaften insgesamt mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Institutionen. BUND und Misereor sind unter den insgesamt 34 angesprochenen Organisationen.

52 R. Köpke, Ökokorporatismus, in: *ila* 191 (1995), 33-35; hier 34. Köpke wird deswegen hier und nicht im folgenden Kapitel referiert, weil er versucht, ZD an seinen eigenen Maßstäben zu messen.

53 Ebd. Ein klassisches Argument.

54 Ebd. 35.

55 G. Voss, Der Irrtum des Verzichts, in: *Die Zeit* vom 3.11.95

die es zu beherrschen, nicht aber zu stoppen gilt.“⁵⁶ Woher Voss die Idee des Autarkismus in ZD nimmt, bleibt sein Geheimnis. Jedenfalls verstehe ich ZD nicht als Plädoyer für ein völliges Stoppen der Materialströme, sondern für eine (gleichwohl drastische) Reduktion derselben auf das notwendige Minimum.

Zweitens sieht Voss in der für die Studie zentralen Equity-Forderung (ZD 33f.: Jeder Mensch soll die gleichen Nutzungsrechte an den Ressourcen dieser Erde erhalten) eine Zwangsjacke, die die Entwicklung der weltweiten Wohlfahrt mehr behindert als befördert. In einem eigenen Artikel habe ich bereits festgestellt, daß eine ausführlichere Darstellung des Equity-Begriffs der Studie genützt hätte⁵⁷. Insbesondere hätte Equity als pragmatische Faustregel herausgestellt werden können. Das meint ZD, sagt es aber nur unklar. Insofern scheint Voss' Kritik zwar verständlich, von der Sache her jedoch unrichtig. Im Gegenteil scheint die Equity-Forderung einer der Knackpunkte von ZD zu sein, wie ich unten noch zeigen werde.

Schließlich stellt Voss die Frage, ob ohne Wirtschaftswachstum überhaupt eine zukunftsfähige Entwicklung möglich sei. Er selbst verneint das. ZD 370ff. ist vorsichtiger. Die Studie legt sich nicht fest, sondern läßt die Frage offen. Jedoch postuliert sie einhellig, daß die gängige Wachstumsideologie zumindest tiefgreifender Korrekturen bedarf. Dabei beruft sie sich auf den Sachverständigenrat für Umweltfragen sowie den Wissenschaftlichen Beirat „Globale Umweltveränderungen“. Allein mit einem weiter gefaßten „qualitativen Wachstum“, wie es in der Ökodebatte teilweise propagiert wird, erachtet ZD eine Reduktion der Materialverbräuche um den Faktor fünf bis zehn nicht für möglich.

Für den Landtag von Nordrhein-Westfalen erarbeitete das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) eine dreiseitige Stellungnahme zu ZD⁵⁸: Diese sieht in ZD einen technokratisch-normativen Ansatz gegeben, der versuche, demokratische und marktwirtschaftliche Mechanismen der Güterverteilung durch technisch begründete Normen zu ersetzen. ZD brächte so einen gewaltigen Eingriff in die indi-

56 Ebd.

57 M. Rosenberger, *Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft*, in: *Orientierung* 60 (1996), 111-115, hier 114.

58 RWI, *Kritische Anmerkungen zur Studie Zukunftsfähiges Deutschland*, Essen 1996.

viduellen Freiheitsrechte der Bürger. Leider fehlen genaue Angaben über die Stellen in ZD, auf die das RWI sein Urteil stützt. Mir scheint ein kolossales Mißverständnis vorzuliegen.

Die Anmerkungen im einzelnen bleiben im Kommentar des RWI sehr allgemein und berühren die Studie kaum substantiell: Freilich stehen Effizienz- und Suffizienzrevolution in einem Wechselverhältnis, das man genauer reflektieren könnte, freilich bleibt die Operationalisierung der Leitbilder in konkrete Regionen Deutschlands hinein noch zu leisten, freilich sind nicht alle Detailziele der Studie in völlig spannungsfreier Harmonie zueinander. Doch kann das kaum eine Kritik im eigentlichen Sinne bedeuten. Schon eher trifft das RWI Defizite der Studie, wenn es bezüglich der instrumentellen Absicherung der Leitbilder Nachholbedarf anmahnt, insbesondere was die ökonomischen Aspekte angeht.

Zusammenfassend bleiben nur wenige gewichtige Einwände: Die Frage nach den Kosten einer stets weitergehenden Effizienzrevolution, die Problematik der Verlagerung öko-feindlicher Produktionszweige ins Ausland sowie die ökonomische und politische Steuerung der ökologischen Wende. Diese freilich sollten in der Tat gründlich weiterdiskutiert werden.

3. Die Rolle der Frauen

Eine Reihe von Veröffentlichungen widmeten sich der Frage, wie die Rollenverteilung der Geschlechter in einer im Sinne der Studie zukunftsfähigen Gesellschaft beschaffen sei. Insbesondere zählt dazu die Stellungnahme der „Danke-für-den-Fisch“-Gruppe des Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)⁵⁹. Aber auch andere Autorinnen und die kirchlichen Frauenverbände gehen der Frage nach, wie aus der Perspektive von ZD die Rolle der Frauen aussehe. Die Studie hat sich nicht mit dem Thema beschäftigt, es war nicht ihre Fragestellung. Dennoch muß die Frage der frauenspezifischen Auswirkungen eines ökologischen Umbaus als solche ernstgenommen werden⁶⁰.

ZD arbeitet in der Analyse wie im Entwickeln der Alternativen bewußt aus der Perspektive des Endverbrauchers. Ein ökologischer Rucksack kann nur diesem aufgeladen werden, nicht dem Produzenten oder Zwischen-

⁵⁹ *Zwischen Sparstrümpfen und Gigabytes – der Ökologen Lust, der Frauen Frust, dokumentiert in: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 201/96, 4-6.*

⁶⁰ *Das Wuppertal Institut hat zu diesen Fragen durchaus Projekte in Bearbeitung.*

händler. Das ist eine pointierte Betrachtungsweise ökologischer Probleme. Für die BUKO-Frauen wird damit schon vor jeder Analyse die Hauptlast den Frauen zugeschoben, da diese in den Haushalten für den Endverbrauch die meisten Entscheidungen fällen (etwa beim Einkauf)⁶¹. Claudia Bernhard verstärkt: Während für die Männerwelt der industriellen Produktion Effizienz gefordert werde, sei für die Haushalte, das klassische Frauenmilieu, Suffizienz angesagt⁶².

Bei dieser Kritik gilt es zu unterscheiden: Die Rollenverteilung in Wirtschaft und zu Hause ist eine andere Frage als die, was man sinnvollerweise von Wirtschaft und Haushalten verlangen kann. Von der Wirtschaft Suffizienz zu verlangen ist unmöglich, da sie sich per definitionem an der Nachfrage der VerbraucherInnen orientiert. Wenn aber diese sparsamer sind, wird die Wirtschaft von selbst nachziehen.

Als Gewissensfrage an die zwölf Autoren und zwei Autorinnen von ZD bleibt, inwieweit sie unterschwellig zu glatt aus der Männerperspektive geschrieben haben. Das würde aber eher Auswirkungen darauf haben, was zwischen den Zeilen steht, also auf die in der sachlichsten Studie mit transportierten emotionalen Horizonte, als auf konkrete Zahlen und Fakten.

Die Stellungnahme der BUKO-Frauen würdigt, daß ZD unbezahlte ehrenamtliche und familiäre Arbeit aufwerte, jedoch bleibe in der Gesamtperspektive der Studie die Reproduktionsarbeit (so der geläufige soziologische Terminus) nach Hoch- und Niedriglohnsektor nur das „Restreservoir“ des Arbeitsmarktes⁶³. Überdies vernachlässige ZD, daß für soziale Wärme in der Hege und Pflege von Kindern in einer Hochindustrialgesellschaft keine adäquaten Rahmenbedingungen gegeben seien. Mag letzteres auch tendenziell seine Berechtigung haben, so fällt es doch schwer, die genannten Vorwürfe als generelle Kritik an konkreten Aussagen von ZD nachzuvollziehen. Ohne Zweifel wird aber auf elementare Probleme für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft hingewiesen, die eine Diskussion lohnen.

Ähnliche Fragen ließen sich anschließen, wenn die weitere Kritik aufgegriffen wird: Welche Konsequenzen für die Zeitsouveränität einer

61 A. a. O. 5.

62 C. Bernhard, *Good girls go sustainable, bad girls go everywhere*, in: *Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 201/96*, 7-9, hier 9.

63 A. a. O. 5.

Hausfrau hat z. B. der Verzicht auf Tiefkühlkost, Spülmaschine, Wegwerfwindeln⁶⁴? Wird die Reproduktionsarbeit für die Frau dann „arbeitsintensiv, auslaugend, farblos, luxusfrei, ohne jegliche Fluchtmöglichkeiten und komplett enttechnisiert“⁶⁵? Ist ZD also eine „Blaupause für eine Modernisierung, Verschlankung und Legitimierung angestammter Unterdrückungs- und gesellschaftlicher Diskriminierungsverhältnisse“⁶⁶?

Dem unvoreingenommenen Beobachter wird das feministische Pauschalurteil über ZD kaum einleuchten. Die Frage als solche, wie ein ökologischer Umbau der Gesellschaft frauen- und männerfreundlich zugleich, mithin menschengerecht aussehen kann, bedarf zweifellos lebhafter und ausführlicher Diskussion. Es ist ein gutes Zeichen, daß die kirchlichen Frauenverbände sich ihr stellen. Aber das wird nicht genügen: Die Frage geht alle an.

4. Die Gretchenfrage: Ist ZD strukturblind?

Abgesehen von der Kritik des Bauernverbandes kam die gewaltigste und schärfste Protestwelle von Seiten „linker“ Gruppen: Im Wesentlichen läuft sie auf die Frage hinaus, inwieweit ZD nicht schlichtweg ein technokratischer Traum ist, der völlig daran vorbeisieht, daß die strukturellen Realitäten alles andere als geeignet sind für Reformen in Richtung Ökologie. Abgemildert kam die Frage auch von außerhalb des linken Lagers aus anderen Verbänden und Gruppen, etwa vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Ist ZD also blind für strukturelle Mechanismen?

4.1 Plädoyer für eine unvoreingenommene Diskussion

Vor der Abwägung dieser Frage muß für die Beschäftigung mit ihr motiviert werden. Denn wer die Fragesteller als „rote Socken“ abqualifiziert, wird von vornherein deren Kritik nicht ernstnehmen. Ich hingegen plädiere für eine offene und unvoreingenommene Diskussion, und dies nicht nur aus dem Grund, daß es dem Fundamentalpostulat der Wissenschaftlichkeit entspricht, von der Sache und nicht von der Person her zu argumentieren.

64 C. Bernhard, a. a. O. 8.

65 Ebd.

66 BUKO-Gruppe, a. a. O. 4.

Hinzu kommt die Beobachtung, daß außer den Landwirten keine andere gesellschaftlich relevante Gruppe so entschieden Position zu ZD bezog wie die „Linken“. Das dürfte ein Zeichen sein, daß diese offenbar die in ZD aufgeworfenen Fragen als ihrem eigenen Engagement sehr nahestehend betrachten. ZD und seine Thematik läßt sie nicht kalt. Unter dieser Prämisse wäre es ein großer Verlust, den Dialog im Voraus abzulehnen. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß das Gespräch mit Vertretern dieser Richtung zwar kontrovers in der Sache, aber fair im Stil und konstruktiv für die weitere Arbeit war und ist⁶⁷. Dabei wurde mir sehr intensiv bewußt, wie abhängig die unterschiedlichen Positionen der Diskutanten (und ich schließe mich ein) von ihrer jeweils grundverschiedenen Herkunft aus sozialen Milieus sind. Jedes Milieu aber ist wiederum nur ein Ausschnitt der Wirklichkeit. Eine gegenseitige Befruchtung der Perspektiven kann daher ausgesprochen gewinnbringend sein.

Schließlich spricht für eine Bearbeitung der folgenden Thesen, daß sie teilweise auch von Personen außerhalb des „linken Lagers“ vertreten werden, die wir im Folgenden ebenso zitieren.

Es soll nicht verharmlost werden, daß manche der im folgenden referierten Positionen vom Ton her verletzend waren. Ich werde bemüht sein, das aggressive Potential zu abstrahieren und den sachlichen Kern herauszuschälen. Daß dieser oft interessante Gedanken enthält, mag dann hinreichend kenntlich werden.

4.2 Die Vorwürfe im Einzelnen

Wie schon eingangs erwähnt, bezieht sich das Gros der hier zu referierenden Vorwürfe auf den Stellenwert der strukturellen Gegebenheiten. Hat ZD diese schlicht übersehen? Näher besehen fächert sich die Frage in drei Bereiche: Sie kann die ökonomischen, die sozialen und die politischen Strukturen meinen. Die Vorwürfe bezüglich aller drei Bereiche seien kurz in den Blick genommen, noch ohne sie in irgendeiner Weise zu bewerten.

⁶⁷ Ich beziehe mich vor allem auf eine Diskussion mit Ralf Berger von BUKO im Rahmen einer Veranstaltung der KHG Würzburg zu ZD am 22.6.96.

4.2.1 Ökonomisches Strukturdefizit?

Die sog. „Berliner Erklärung“⁶⁸ bemängelt etwa, daß das marktwirtschaftliche Prinzip alternativlos als positive Triebkraft dargestellt werde. Der Weltmarkt sei unhinterfragt der Referenzrahmen der Vorschläge in ZD, Organisationen wie der Internationale Währungsfond, die Weltbank und die Welthandelsorganisation würden nicht infrage gestellt.

Elmar Altvater hält es für unmöglich, eine Kongruenz von Ökonomie und Ökologie zu postulieren, wie das ZD tut⁶⁹ – aus drei Gründen: Erstens hat jede Effizienzsteigerung von der Natur gesetzte Grenzen, außerdem habe sie noch nie in der Geschichte der Menschheit Nachhaltigkeit bewirkt. Zweitens ist Altvater skeptisch, was die Substituierung von Energie durch menschliche Arbeit angeht. Drittens sei Marktwirtschaft stets Geldwirtschaft, Geldwirtschaft aber beinhalte per se eine grundlegende Maßlosigkeit und widerspreche damit dem ZD-Postulat des Maßhaltens.

Katrin Küster geht noch weiter⁷⁰: Ihr fehlt eine kritische Analyse von Begriffen wie Markt, Kapital oder Profit. Sie sieht in ZD Ansätze für das ökologische Handeln der gesellschaftlichen Akteure, ihr fehlt jedoch die Frage nach den Bedingungen, die solches Handeln erst ermöglichen. So hält sie die Landwirtschaft z. B. für völlig abhängig von der EU-Politik, so daß diese gar keine Chance auf Verwirklichung der ZD-Ideen habe.

Kai Kaschinski bemängelt, daß die eigentlichen modernen kapitalistischen Produktionsfelder (Computer, Elektronik, Gentechnik etc.) in ZD praktisch nicht berücksichtigt werden und die Studie damit an den Realitäten vorbeigehe⁷¹. Stefan Armbrorst und Ulrich Brand behaupten sogar: „Die Blindheit der ökonomischen Mechanismen gegenüber den natürlichen Grundlagen des Lebens ist [...] als spezifisches Vermittlungsverhältnis von Natur und Gesellschaft in bestimmten kapitalistischen Gesellschaftsformationen zu verstehen.“⁷²

68 „Berliner Erklärung entwicklungs-, umweltpolitischer und internationalistischer Organisationen zur Studie Zukunftsfähiges Deutschland des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie“, dokumentiert z.B. in: *Lateinamerika Nachrichten* 259 (1996) 31f. oder *Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* 199 (1995) 38

69 E. Altvater, *Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1996) Heft 1, 82-91.

70 K. Küster, *Laßt uns streiten wie es weitergehen soll*, in: *Bauernstimme* 2/96, 16f.

71 K. Kaschinski, *Quantifizierung der Gerechtigkeit*, in: *Forum entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen* 199/95, 32-34.

72 S. Armbrorst, U. Brand, *Zukunftsfähigkeit – another round*, in: *ak* 386 (1996) 21f. Ein über weite Strecken wörtlich gleicher Artikel: *dies., Undemokratisch und dezentral in den nationalen Öko-Konsens?* in: *Lateinamerika Nachrichten* 259 (1996) 25-30.

Der BDKJ sieht – bei allen positiven Aspekten der Studie – das Faktum der zunehmenden Zentralisierung der Weltwirtschaft (multinationale Konzerne) vernachlässigt, ebenso das GATT-Abkommen⁷³. Ebenso stellt Tatjana Chahoud, Mitarbeiterin beim Umweltbundesamt, in ZD eine „Abstrahierung von Finanzströmen“⁷⁴ im internationalen Wirtschaftsbereich fest, die gewaltige Fragen offen lasse. Die in ZD enthaltenen Reformvorschläge für die EU bezeichnet sie als ambivalent und widersprüchlich und vermißt deren Rückbindung an GATT und WTO. So resümiert sie, die weißen Flecken in ZD seien noch immens⁷⁵.

4.2.2 Soziales Strukturdefizit?

Etwas kürzer, aber ähnlich deutlich fallen die Vorwürfe zum sozialen Bereich aus: E. Altvater z. B. vermißt eine soziologische Analyse⁷⁶. Diese müßte auch die soziale Trägheit einer kapitalistischen Gesellschaft zutage fördern⁷⁷. Die Berliner Erklärung wirft ZD vor, die Führungsrolle Deutschlands auf dem Weltmarkt unkritisch zu bestätigen und damit bestehende Ungerechtigkeiten zu zementieren⁷⁸. K. Küster vermißt die Darstellung des inneren Zusammenhangs zwischen ökologischer und sozialer Krise⁷⁹. Der BDKJ schließlich sieht ein Zukurzkommen der Fragen der Gerechtigkeit und der Frauenrechte⁸⁰.

4.2.3 Politisches Strukturdefizit?

Was die Frage politischer Macht angeht vermerkt die Berliner Erklärung, daß mit ZD die Macht über das Weltgeschehen weiterhin im Norden bleibe⁸¹. S. Armbrust und U. Brand beklagen, daß das Individuum zwar als ökologisches Handlungssubjekt, nicht aber auch als politisches Subjekt erfaßt werde⁸². K. Küster vermißt eine politische Analyse⁸³.

73 *Stellungnahme der Bundesleitungen der DPSG, KJG, KLJB, KSJ und des BDKJ-Bundesvorstandes zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“*, Düsseldorf 1996, 3.

74 T. Chahoud, *Ein Gespenst geht um*, in: *E+Z* 36 (1995) 316f., hier 317.

75 *Ebd.*

76 E. Altvater, *a. a. O.* 89.

77 *Ebd.* 86.

78 *Berliner Erklärung*, *a. a. O.*

79 K. Küster, *a. a. O.* 32.

80 *Stellungnahme*, *a. a. O.* 3.

81 *Berliner Erklärung*, *a. a. O.*

82 S. Armbrust/ U. Brand, *Zukunftsfähigkeit – another round*, *a. a. O.* 21.

83 K. Küster, *a. a. O.*

Über diese fundamentalen Kritikpunkte hinaus wird in fast allen einschlägigen Veröffentlichungen der Vorschlag aus ZD 379f. bezüglich der Einrichtung eines unabhängigen ökologischen Rates abgelehnt, meist aus dem Grund, daß dieser nicht demokratisch gewählt wäre. Jedoch legt sich ZD in der Frage der Berufung eines solchen Rates gar nicht auf eine Lösung fest, sondern läßt das explizit offen. Wichtig für die AutorInnen von ZD ist vielmehr, daß der Rat an größere Zeiträume als die vier Jahre einer Legislaturperiode gebunden wäre und so längerfristig planen und handeln könnte.

4.2.4 Generelles Strukturdefizit?

In der Berliner Erklärung wird im Grunde der Studie bei allem Positiven abgesprochen, daß sie die gegebenen Strukturen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art reflektiere und bei der Lösungsfindung berücksichtige. Genauer formulieren es S. Armbrorst und U. Brand: Die acht Leitbilder aus ZD seien nicht auf Institutionen zurückbezogen. Es fehlten Konzepte politischer, sozialer und wirtschaftlicher Transformation für die angestrebten Reduktionsziele⁸⁴, ja es würde nicht einmal die Notwendigkeit der Veränderung von Institutionen benannt⁸⁵.

E. Altvater sieht es ähnlich: ZD biete keine Analyse für die Ursachen der faktisch nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise unserer Gesellschaft⁸⁶. Er fragt, ob Leitbilder für das Individualverhalten genügen würden, um wirksam umzusteuern, wenn doch die Strukturen beim Alten blieben⁸⁷. Weiter betont er, daß es mehr funktionale Räume gebe als den Umweltraum, daß somit eine Beschränkung der Betrachtung auf diesen eine unzulässige Reduktion des Problems darstelle⁸⁸.

Schließlich sei der Hinweis darauf erlaubt, daß die Kritik des Bauernverbandes in einigen Punkten sehr nahe an den hier aufgeführten Gedanken ist: Auch dort war die mangelnde Berücksichtigung wirtschaftlicher und politischer Strukturen (in Bezug auf die Landwirtschaft) angemahnt worden.

84 S. Armbrorst, U. Brand, a. a. O. 21.

85 Ebd. 22.

86 E. Altvater, a. a. O. 83.

87 Ebd. 84.

88 Ebd. 85.

4.2.5 Die Strukturfrage als Strategiefrage?

Einige Artikel wenden die Strukturfrage in eine andere Richtung. Sie sehen in ihr auch eine Strategiefrage impliziert: ZD wolle Lobbyarbeit, so S. Armbrorst und U. Brand, die Linken hingegen eine Gegenmacht⁸⁹. Claudia Bernhard fragt: „Wollen wir wirklich helfen, eine Volkswirtschaft ökologisch zu stabilisieren, um deren global naturzerstörerischen Charakter wir wissen?“⁹⁰ K. Kaschinski sieht in sämtlichen Nachhaltigkeitskonzepten nur eine Form der Modernisierung des Kapitalismus⁹¹ und eben keine grundlegende Veränderung. Ist damit die Strategie der genannten Autoren ein radikaler Umbruch, so gibt es im selben „Lager“ auch vereinzelt Gegenstimmen: Ein nicht namentlich genannter Autor etwa erwägt, sich auf das Modell der Kontrolle des Marktes systemimmanent einzulassen und von einer fundamentalen Machtanalyse aus strategischen Gründen vorerst abzusehen⁹². Ähnlich plädiert H. Schulze für den realpolitischen Weg, das Mögliche zu tun anstatt nur das Unmögliche zu denken und zu predigen⁹³.

Ich bin versucht, die Alternative schlagwortartig mit „Reform oder Revolution“ zu beschreiben. Aber das lehnt K. Kaschinski explizit ab. Für ihn wären die Ideen von ZD nicht einmal eine Reform⁹⁴.

4.3 Zwischenschritt I: Relativierung der Vorwürfe

Wenn auf die genannten Vorwürfe eingegangen werden soll, sind sie zunächst auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen. Sodann kann eine erste Erwiderung von M. Linz, Mitautor der Studie, weiterhelfen. Beides zusammengenommen wird herauskristallisieren, inwieweit die genannten Kritikpunkte tatsächlich treffen.

4.3.1 Inwieweit treffen die Vorwürfe ZD?

Um in der Beurteilung ZD's weiterzukommen, seien kurz die verschiedenen Abschnitte referiert und kommentiert, in denen die Studie auf strukturelle Themen zu sprechen kommt:

89 S. Armbrorst, U. Brand, a. a. O. 29.

90 C. Bernhard, *Der Igel ist immer schon da oder wie man/frau dem Herrschaftsdiskurs hinterherläuft*, in: *Forum entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen 199 (1995) 35-37*. Ebenfalls in: *Lateinamerika Nachrichten 259 (1996) 41-43*.

91 K. Kaschinski, a. a. O. 32.

92 *Zukunftsfähiger Antikapitalismus wäre eine prima Alternative*, in: *ak 385 (1995) 10*.

93 H. Schulze, *Leserbrief* in: *Forum entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen 199 (1995) 54*.

94 K. Kaschinski, a. a. O. 32.

- ZD 33-35: Die Forderung des Equity-Kriteriums als pragmatische Basis der Bemessung von Pro-Kopf-Materialverbräuchen ist eine immens soziostrukturelle Vorentscheidung.
- ZD 133f.: Die Berücksichtigung der ökologischen Rucksäcke zu Lasten des Endverbrauchers flankiert und radikalisiert das Equity-Postulat.
- ZD 138-144 mahnt im Blick auf die Nutzung der Biodiversität und des tradierten Wissens um diese die Umsetzung von Rio an – ebenfalls eine eminente Strukturveränderung.
- ZD 169-189 Leitbild „Grüne Marktagenda“: Zwar wird die Marktwirtschaft bejaht, dies geschieht jedoch mit großer Vorsicht und keineswegs blauäugig. Konkrete Strukturveränderungen werden gefordert: Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen⁹⁵, Versicherungspflicht für ökologische Risiken, echten Wettbewerb im Energiesektor, ökologische Steuerreform.
- ZD 267-279 Leitbild „Internationale Gerechtigkeit und globale Nachbarschaft“: Die Vorschläge, das eigene Haus in Ordnung zu bringen und fairen Handel zu treiben, bleiben relativ vage. Mit dem Zusatz im Titel „und globale Nachbarschaft“ ist zudem angedeutet, daß es weniger um strukturelle als um haltungsethische Veränderungen geht. Warum nicht bereits hier manche Konkretionen aus Kapitel 6.4 auftauchen, ist mir schleierhaft.
- ZD 363-377 Wirtschaftsverträglichkeit: Die Beurteilung von Wachstum und Markt bleibt ambivalent und redet um den heißen Brei herum. Es fehlt an Deutlichkeit.
- ZD 377-386 Politische Reform: Außer der Forderung nach Beteiligungsrechten und der Einführung eines ökologischen Rates bleiben die Vorschläge fast völlig auf der Ebene moralischer Appelle an die Haltung der politischen Subjekte. Am deutlichsten wird das, wenn gefordert wird, in jedes relevante Ministerium ökologisch gesinnte Referenten zu setzen. Strukturell ist damit keine Veränderung gegeben.
- ZD 386-420 Ausgleich zwischen Nord und Süd. Nach einer kompakten Analyse (warum erst hier?) der Nord-Süd-Beziehungen werden sehr konkrete Vorschläge gemacht: die Umsetzung von Montreal und Rio voranzutreiben, CO₂-Zertifikate einzuführen und pro Kopf zu verteilen, begrenzte Joint-Implementations zu gestatten, internationale Ökofonds einzurichten sowie die ärmsten Länder behutsam und gestaffelt zu entschulden.

95 Hier hätte allerdings ein wesentlich ausführlicherer und differenzierterer Kommentar zu den einzelnen Subventionen gut getan.

Zusammenfassend lassen sich mehrere Beobachtungen festhalten: Auf mehr als hundert Seiten beschäftigt sich ZD mit strukturellen Fragen aus dem ökonomischen, sozialen und politischen Bereich. Von Strukturblindheit kann also nicht die Rede sein. Dennoch bleiben eine Reihe kritischer Anmerkungen:

– Es wird im ersten Teil der Studie auf eine gründliche Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Realitäten verzichtet. Zwar werden einzelne Aspekte einer solchen Analyse in späteren Teilen nachgereicht, jedoch geschieht dies eher beiläufig.

– Die Forderungen in ZD, die strukturelle Veränderungen betreffen, bleiben teilweise recht vage. Besonders gilt das für Leitbild 8 und Kapitel 6.3, wo die Strukturdiskussion schnell in eine Diskussion individueller Haltungen übergeht. Auch im Blick auf das Thema Landwirtschaft scheint das Verhältnis von technischen und strukturpolitischen Reformen einseitig zugunsten der ersteren verschoben zu sein.

– Das Verhältnis von strukturellen (ökonomischen, politischen, sozialen) Rahmenbedingungen und individuellem (ökologischem) Handeln bleibt fast völlig unreflektiert. Das zeigt sich etwa darin, daß die Leitbilder 2 und 8, in denen es um Strukturveränderungen geht, auf derselben Ebene behandelt werden wie die anderen sechs Leitbilder, die das Handeln zum Thema haben⁹⁶. Es fehlt eine sozialetische Grundsatzreflexion.

Resümierend läßt sich also bei aller Sympathie für die Studie sagen: Sie enthält zwar Ansätze struktureller Überlegungen, sie ist auch nicht unkritisch gegenüber Strukturen, jedoch fehlt eine schlüssige Analyse derselben und deren Vermittlung zu den ökologischen Handlungszielen. Insofern gilt die o. g. Kritik mit Einschränkungen.

Was freilich den Vorwurf der falschen Strategie angeht: Die Option für ein kritisches und vorsichtiges Ja zum Markt und zur bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnung ist eben der Standpunkt von ZD. Mit ihm entscheiden sich die Autoren für Reformen und gegen eine (wenn auch gewaltfreie) Revolution. Das entbindet nicht vom Dialog zwischen „Reformern“ und „Revolutionären“, wenn es so salopp gesagt werden darf. Beide können ja in den Zielen durchaus ähnliche Vorstellungen haben, auch wenn sie andere Wege dorthin gehen. Die Strategiefrage, meine ich, kann und muß hier offengehalten werden. Wichtig wäre umso mehr, daß die Strukturfrage Thema des Dialogs zwischen beiden „Lagern“ bleibt.

⁹⁶ Siehe dazu meine Kritik in M. Rosenberger, a. a. O. 113.

4.3.2 Die Erwiderung von M. Linz

Von der Redaktion der Zeitschrift *Blätter des Informationszentrum 3. Welt* in Freiburg wurden die Autoren von ZD gebeten, eine Erwiderung auf den Artikel von S. Armbrorst und U. Brand zu schreiben. Stellvertretend tat dies Manfred Linz⁹⁷. Von dem fundamentalen Konsens mit den Kritikern ausgehend, daß Naturverträglichkeit und weltweite Gerechtigkeit als oberstes Ziel anzunehmen seien, fragt er: Wie läßt sich dieses Ziel am besten erreichen? Hier betont er, daß die Studie das marktwirtschaftliche System als möglichen Weg dorthin zumindest noch nicht abgeschrieben habe, sondern die Lernfähigkeit dieses Systems für denkbar halte. Allerdings auch nicht mehr als denkbar. So wolle ZD die Diskussion darüber anschieben und die Dringlichkeit der Frage einschürfen. Ansonsten wolle die Studie die Menschen motivieren und auf ihre Veränderungsfähigkeit hin ansprechen.

Genau hier wird das schon benannte Problem deutlich: Ist der Einzelne schon veränderungsfähig, wenn er veränderungswillig ist? Zwingen ihn die Strukturen nicht oft genug zum umweltfeindlichen Handeln, obgleich er das nicht will? M. Linz sieht das Problem. Darauf jedoch nur zu erwidern: „Wir wollen nur die Diskussion anschieben“, scheint mir zu wenig. Es ergibt sich daraus eine große Gefahr: ZD motiviert die Menschen ungewein – daran besteht kein Zweifel. Aber werden nicht viele aus ihrem so erzeugten Hochgefühl eines ökologischen Aufbruchs umso schmerzlicher erwachen, wenn sich strukturell in absehbarer Zeit nichts ändert? Um jedoch strukturelle Veränderungen über die angestoßene Diskussion einzuleiten, müßten die Erkenntnisse der Studie auf bestehende Strukturen hin zugespitzt werden. Das werde ich weiter unten exemplarisch versuchen. Damit eine solche Zuspitzung gelingen kann, braucht es aber vorab eine ethische Grundlagenreflexion. Das Fehlen derselben in ZD erwies sich bereits verschiedentlich als Manko. So will ich wenigstens skizzenhaft eine solche versuchen.

4.4 Zwischenschritt II: Fundamentaethische Überlegungen⁹⁸

Ethik fragt zunächst – das ist mittlerweile zum Gemeinplatz geworden – nach dem umfassend gelingenden menschlichen Leben: Wie kann der

97 M. Linz, *Das politische Subjekt sind wir alle*, in: *Blätter des iz3w* Nr. 217 (November 1996) 32-33.

98 *Hierzu als Literatur etwa auch: M. Schramm, Der Geld-Wert der Schöpfung, Paderborn 1994; Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Wirtschaft: global und ökologisch, Bonn 1994. Durch eine gründliche Rezeption der letzteren Veröffentlichung hätte ZD erheblich profitieren können.*

Mensch, wie kann die Menschheit Glück und Erfüllung finden? Das ist die erste Frage der Ethik. Ihr entspricht die Reflexion auf die *Grundwerte* menschlichen Lebens. Diese werden oft als das *Telos*, das Ziel des Lebens, bezeichnet.

Ist ein hinreichender Konsens über dieses erzielt, stellen sich zwei Fragen, die in Richtung einer Konkretisierung der Werte gehen: Einerseits ist es die Frage nach den rechten *Haltungen*, die jenen Werten entsprechen. Hier ist stärker das Individuum im Blick: Seine Motivierbarkeit, seine Kreativität, seine Fähigkeiten sind gefragt – und jene Grundeinstellungen, die sie fördern und entfalten helfen. Traditionell nennt die Ethik die guten Haltungen Tugenden. Aus ihrer Beschreibung erwachsen Leitbilder für ein sittlich gutes Leben der Menschen.

Aus dem Konsens über die Grundwerte erwächst aber gleichursprünglich auch die Frage nach Ordnungen, die im zwischenmenschlichen Bereich möglichst weitgehend die Umsetzung der Werte erlauben und fördern. Solche Ordnungen sind jeweils Komplexe aus einer Vielzahl einzelner Handlungsnormen, die untereinander verwoben und aufeinander bezogen sind. Jeder solche Normkomplex umfaßt eine Dimension unserer Realität: So gibt es die Wirtschafts-, die Sozial- und die Rechtsordnung, es gibt eine politische Verfassung, ethische sowie religiöse Ordnungen und Normen⁹⁹. Diese verschiedenen Normkomplexe haben je eine eigene Autonomie, eine Eigengesetzlichkeit, sind aber nicht autark in dem Sinne, daß sie nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil: Hoffentlich spiegelt die Rechtsordnung das wider, was ethisch als normativ erkannt und anerkannt ist. Und so für alle anderen Wechselbeziehungen.

Für die Ordnungen bzw. Normen ist dabei eines zu berücksichtigen: Sie ergeben sich immer aus Abwägungen. Das Wort „wägen“ sagt bereits, daß hierbei Quantitäten auf dem Spiel stehen. Und darin besteht ein immerwährendes Problem der Ethik: Urteile über Werte, die per se *Qualitäten* sind, damit nicht kommensurabel, müssen in *Quantitäten* übersetzt werden, nämlich in Abwägung konkreter Güter, die sich gegeneinander verrechnen lassen. Daß das nie endgültig gelingt, sondern je geschichtlich bedingte und gesellschaftlich gewachsene Vorzugsentscheidungen voraussetzt, ist klar. Dennoch bleibt keine Alternative: Wo Interessenkonflikte gegeben sind (und um deretwillen gibt es Normen und Ordnungen), müssen Qualitäten quantifiziert werden. Mögen auch Ökorumantiker darüber

⁹⁹ Das ist es, was E. Altvater a. a. O. mit den verschiedenen Räumen meint.

klagen, daß damit Natur handhabbar gemacht wird: Wie anders soll der Mensch Welt gestalten? Freilich bleibt es die Pflicht des Menschen, seine Abwägungen so behutsam wie möglich zu treffen und stets daran zu denken, daß er damit die je einmalige, unersetzliche Realität methodisch reduziert auf einen Zahlenwert, der die Realität „bezahlbar“ macht (ökonomisch z. B. mit Geld, juristisch etwa mit dem Inkaufnehmen einer Strafe oder rechtlichen Verpflichtung).

Aus beidem, den *Haltungen* und den *Ordnungen*, ergibt sich nun erst das *konkrete Handeln* der einzelnen Menschen. Dabei werden die Haltungsideale vor allem motivieren und die Kreativität des Einzelnen wecken, während die Ordnungen ihm den Rahmen und die Grenzen für seine Handlungen vorgeben.

Gelegentlich wird heute in der ökonomischen wie der ethischen Diskussion auf die Spieltheorie zurückgegriffen und eine Analogie zwischen einem Gesellschaftsspiel und der (ökonomischen bzw. ethischen) Realität hergestellt¹⁰⁰. Dieser Vorschlag soll hier zur Verdeutlichung aufgegriffen und ausgeweitet werden. Wir hatten vier Größen in unsere metaethischen Überlegungen eingebracht: Werte, Haltungen, Ordnungen und das konkrete Handeln. Im Spiel entspricht den Werten, die die geltende Vorstellung vom gelingenden Leben buchstabieren, das *Spielziel*. Gewöhnlich wird es in einer Spielanleitung an erster Stelle genannt. Ist das Ziel nicht reizvoll, wird keiner das Spiel spielen. Ist es dies aber und erscheint es den Spielern lohnend, dann erzeugt es von selbst Kreativität und *Spielwitz* bei den TeilnehmerInnen. Dieser schließt das Fairplay als Grundhaltung ein, nicht aus, wo er echt ist. Das entspricht den Haltungen. Neben dem Spielziel gibt die Anleitung uns *Spielregeln* vor. Diese regeln den Verlauf und grenzen die Möglichkeiten ein. Sie entsprechen den Ordnungen im menschlichen Leben. Schließlich beginnt das Spiel und entwickelt sich in den Spielzügen. Hier haben wir das Analogon zu den Handlungen der Menschen. So wie Spielregeln die Spielzüge eingrenzen, so tun es die Ordnungen mit unserem Handeln. Und so wie eine Spielregel nach Übereinkunft der SpielteilnehmerInnen dann geändert werden kann, wenn diese Änderung mehr dem Spielziel entspricht, so gilt das für unsere Ordnungen.

¹⁰⁰ Vgl. M. Schramm, u. a. O., Kap. 6.

In einem Schema sei die gefundene Verhältnisbestimmung nochmals angezeigt¹⁰¹:



4.5 Projektive Anwendung der Überlegungen auf ZD – ein Vorschlag

Wenden wir die so gefundene Verhältnisbestimmung auf ZD an, so lassen sich Stärken wie Schwächen der Studie bestens benennen: Drei Bereiche werden relativ umfassend dargelegt: Telos (Werte), Haltungen (Leitbilder) und konkretes Handeln (Wende-Szenen). Der vierte Bereich erfährt hingegen, wie E. Altvater darstellt, eine Reduktion: Die vielen Ordnungsräume werden auf den Umweltraum und seine Betrachtung eingeschränkt. Jedenfalls gilt das über weite Strecken. Vor allem aber fehlt dort, wo von ökonomischen, sozialen oder politischen Strukturen die Rede ist, die grundlegende Reflexion auf die Wechselbeziehung zwischen Ökonomie, Ökologie, Politik, Soziologie und auch Jurisdiktion (ein auch in der Kritik ausgeblendeter Bereich), also auf die reziproken Wirkungen der verschiedenen Ordnungen aufeinander. Es scheint die von M. Schramm konstatierte wechselseitige „Anaisthetik“ (Blindheit) zwischen Ökologie und Ökonomie fortgeschrieben zu werden¹⁰². Wohlgemerkt: über weite Strecken.

Damit ist aber auch der m. E. zentrale Ansatzpunkt zur weiteren Diskussion bereits im Visier: Sollte man nicht aus den (disparat, ansatzhaft – gleichwohl) in ZD vorhandenen Ideen zur Strukturveränderung die je wichtigsten auswählen und auf diese die Debatte zuspitzen? Der offen-

¹⁰¹ Dieses Schema könnte den Rahmen zur Abb. 5.3 in ZD 321 bilden. Die Ausführungen in diesem Artikel wären jedenfalls eine notwendige Ergänzung zu Kap. 5.2 in ZD.

¹⁰² M. Schramm, a. a. O. 132.

sichtlichste Ansatz dafür wäre – ich habe es bereits früher deutlich gemacht¹⁰³ – auf der Ebene ökonomischer Ordnungen die ökologische Steuerreform. Ihr gegenüber sind alle anderen ökonomischen Vorschläge in ZD zweitrangig. Eine Zuspitzung auf dieses Thema ist durch die jüngsten politischen Entwicklungen (Pläne für eine große Steuerreform ohne jedwede Ökosteuern) nur noch wichtiger geworden.

Auf der Ebene der Ordnungs-Grundsätze verdient das Equity-Kriterium als pragmatische Umsetzung des Wertes der Gerechtigkeit erste Aufmerksamkeit. Ihm entspräche bei der Frage nach einer ökonomischen Weltordnung nichts unmittelbarer als die in ZD geforderten CO₂-Zertifikate. Diese an Kühnheit kaum zu überbietende Idee ist seit Jahren nicht über den Zustand eines Traumschlusses hinausgekommen: Sie kann nur gelingen, wenn alle Staaten der Erde dazu bereit sind. Das wird ein ausgesprochen mühsamer Weg. Ihn zu konkretisieren wäre angezeigt (Welche Institution könnte das propagieren? Wie ist eine Kontrolle des CO₂-Verbrauchs machbar? Wer kontrolliert? Usw.).

Analog könnte man fragen: Welche Strukturveränderungen hätten in den anderen Bereichen oberste Priorität: Im Bereich der nationalen Politik (Umweltschutz als Verfassungsziel? Vgl. ZD 382) und der internationalen, im Bereich des deutschen wie des weltweiten Rechts? Eine Diskussion in die Breite wird sich totlaufen. Eine Zuspitzung der Themen könnte zur Speerspitze im politischen Geschäft werden. Das vor allem brauchen wir.

5. Kirche und Theologie

Zum Ausklang möchte ich als Theologe und Priester ein paar Takte aus dieser Perspektive sagen. Soweit ich sehe, war meine Veröffentlichung die einzige, die ZD aus diesem Winkel betrachtet hat. Ein Manko sehe ich darin, daß ZD 384 zwar neue Allianzen fordert, selber aber einschlägige kirchliche Dokumente übersieht. Das schon erwähnte Papier der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz ist dafür das beste Beispiel. Aber auch die Dokumente des konziliaren Prozesses¹⁰⁴ und eine Reihe anderer kirchlicher Verlautbarungen hätten ZD substantiell unterstützen können.

¹⁰³ M. Rosenberger, a. a. O. 113 und 115.

¹⁰⁴ Als einen Nestor dieses konziliaren Prozesses kann man mit Recht Carl Friedrich von Weizsäcker nennen. Da hätten allein die familiären Beziehungen zum Wuppertal Institut greifen müssen.

Als Herausforderung sehe ich umgekehrt, daß ZD die Kirchen wieder auf einige altchristliche Werte stößt, die lange Zeit vergessen waren: Geduld und Langsamkeit, Zeit haben füreinander, miteinander teilen, Maß halten, Lebensräume schaffen und gestalten, die diesen Namen verdienen. Wie oft haben auch wir in den Kirchen uns dem hektischen Rhythmus unserer Tage angepaßt, anstatt gegenzusteuern und Freiräume zu bieten. ZD kann hier zur Umkehr mahnen und ermutigen. Und Umkehr – das war eine zentrale Botschaft Jesu von Nazaret – tut immer Not.

6. ZD nach mehr als einem Jahr – eine Zwischenbilanz

Um ZD hat sich schnell eine gewaltige und breite Diskussion entspannt. Fast alle in der Studie angesprochenen gesellschaftlichen Gruppen haben sich daran in irgendeiner Weise beteiligt. Vor allem aber ist an der Basis, bei einfachen Christen und Bürgern, ein lebendiges Echo zu spüren. Die Verkaufszahlen der Lang- und Kurzfassung beweisen das. Nach einem Jahr weicht die erste Hektik und Aufregung der Diskussion einer größeren Nüchternheit. Insofern ist eine Zwischenbilanz möglich.

ZD hat unbestritten enorme motivationale Kraft. Nicht nur werden Themen angesprochen, die die Menschen bewegen, sie werden auch einsichtig möglichen Zukunftsperspektiven zugeführt. Menschen, die ZD lesen, brechen neu auf.

Mit seinem Grundansatz der Verknüpfung ökologischer Nachhaltigkeit im engen Sinn und weltweiter Gerechtigkeit, zugespitzt im Equity-Kriterium als pragmatischem Maßstab, gibt die Studie eine neue Richtung an. Ihre Leitbilder bieten Visionen, die der Realisierbarkeit nicht entbehren. Als Defizite stellten wir besonders drei Bereiche fest: das Fehlen einer umfassenden Strukturanalyse, einer fundamentalethischen Vorüberlegung und einer größeren Pointierung auf zentrale Handlungsansätze struktureller Art hin.

Nach einem Jahr werden bei technischen Neuerungen zumeist die Kinderkrankheiten abgestellt. Daß es sie gibt, ist normal und nicht anders zu erwarten. Für ZD wäre eben das an der Zeit: Durch Weiterführung der Diskussion auf allen Ebenen die Kinderkrankheiten auszuräumen. Daß es Kinderkrankheiten sind, bezweifle ich nicht (schon wegen des Termindrucks vor dem Rollout). Aber es sollten auch Kinderkrankheiten bleiben.